Nr. 140

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

12. März 2021
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Corona: Die kapitalistische Profitlogik ist mörderisch

Endlich sollen sich also alle einmal pro Woche kostenlos testen lassen dürfen. Warum erst jetzt? Schon seit Monaten hätte man kostenlose Tests anbieten können. Viele Ansteckungen wären verhindert worden. Doch erst jetzt, da die Regierungsparteien im Wahlkampf sind und daher trotz wieder steigender Infektionszahlen möglichst viel öffnen wollen, da geht das auf einmal.

Währenddessen läuft das Wichtigste – die Impfungen – noch immer im Schneckentempo: Weil noch immer viel zu wenig Impfstoff ankommt, genau wie fast überall auf der Welt. Mit Ausnahme einiger weniger Staaten stehen alle da und warten. Weil die Impfstoffhersteller sich weigern ihre Patente freizugeben, und andere Pharmakonzerne lieber weiter an „ihren" Impfstoffen forschen, statt in ihren Anlagen die Impfstoffe ihrer Konkurrenten zu produzieren, was ihnen nicht genug Gewinn bringt.

Mit dem Ergebnis, dass sich das Virus noch länger ausbreiten und noch mehr Menschen töten kann, und dass die Gefahr von Mutationen wächst, gegen die die Impfungen gar nicht mehr wirken. Und dann geht alles von vorne los! Doch die Regierungen sind unfähig und unwillig, sich über diese kurzsichtigen und kriminellen Profitinteressen der Konzerne hinwegzusetzen.

Aus demselben Grund haben die meisten von ihnen nicht einmal versucht, mit frühzeitigen und konsequenten Maßnahmen die Ansteckungen auf fast Null zu reduzieren. Einige Länder in Asien und dem Südpazifik allerdings sind diesen Weg gegangen. Sie haben die Pandemie so in den Griff bekommen, haben unendlich weniger Todesopfer und können seitdem ein halbwegs normales Leben führen, was am Ende sogar für die Kapitalisten besser war.

Doch die allermeisten Regierungen wollen sich nicht über den Druck der einzelnen Unternehmer hinwegsetzen oder gar konsequente Maßnahmen gegen deren kurzfristigen Interessen ergreifen. Sie beschränken sich seit einem Jahr darauf zu versuchen, die Infektionen soweit im Zaum zu halten, dass die Intensivstationen nicht überlaufen und die Wirtschaft halbwegs weiterlaufen kann. Dafür nehmen sie unzählige Opfer in Kauf.

Jedes Mal, wenn die Zahlen wieder anfangen zu steigen, zögern die Regierungen Maßnahmen zu ergreifen, um „der Wirtschaft nicht zu schaden". Sie zögern so lange, bis das Virus sich irgendwann unkontrolliert und massiv ausgebreitet hat. Und dann dauert es Monate, bis es wieder halbwegs unter Kontrolle ist. Auch deshalb, weil die Regierungen dann zwar das soziale Leben einfrieren und Schulen und Geschäfte schließen, aber die Großkonzerne selbst dann nicht zwingen, ihre nicht-lebenswichtigen Produktionen herunterzufahren.

Seit einem Jahr wiederholt sich dieses Szenario vielerorts immer wieder.

In Deutschland hatte die Regierung im Frühjahr frühzeitig eine Reihe Maßnahmen ergriffen, was ein wichtiger Grund war, warum es hier damals nicht ganz so dramatisch war wie in vielen anderen Ländern. Doch seit dem Sommer verhalten sie und die Landesregierungen sich wie all die anderen Regierungen.

In den letzten drei Monaten hat dies fast 50.000 Menschen das Leben gekostet. 50.000, von denen viele noch leben könnten, wenn die Regierung rechtzeitig und konsequent gehandelt hätte.
Und wenn sie zur Verhinderung von Ansteckungen alle Ressourcen mobilisiert hätte: Wenn sie für die Produktion und Durchführung von viel mehr Tests gesorgt hätte; wenn sie diejenigen, die (vorübergehend) ohne Arbeit dastehen, zu einem vernünftigen Lohn eingestellt und geschult hätte, um Tests durchzuführen, Schulkinder in Kleingruppen zu beaufsichtigen, das Personal in Altenheimen und Kliniken zu unterstützen... Stattdessen war nicht einmal genug Personal da, um todkranke Corona-Patienten in ihren letzten Stunden zu begleiten. Viele starben ganz allein.

Die Regierungen rechtfertigen ihre Politik damit, dass man doch an die Wirtschaft denken müsse und „zu viel" Gesundheitsschutz die „Wirtschaft kaputt mache". In Wahrheit sieht man an Ländern wie Brasilien, Großbritannien oder den USA, dass genau die Länder, deren Staatschefs am extremsten nach diesem Motto gehandelt und sich geweigert haben, irgendwelche Maßnahmen gegen Corona zu ergreifen, am Ende gesundheitlich UND wirtschaftlich am schlechtesten dastehen.
Die Großkapitalisten können damit leben. Sie finden dank der Regierungen immer einen Weg, sich an der Krise noch zu bereichern. Aber für alle anderen ist die dadurch verschärfte Wirtschaftskrise eine Katastrophe. Und sie wird auch nicht vorbei sein, wenn die meisten geimpft sind.

Für die Millionen, die ihre Arbeit verloren oder nun deutlich weniger Lohn haben, wird nämlich nicht „alles wieder wie vorher". Für die ruinierten kleinen Selbstständigen ebenfalls nicht.
Mit der Krise sind außerdem rechtsextreme Ideen stärker geworden, vermischt mit Verschwörungstheorien – sowie Gruppen, die diese Ideen mit (Waffen-) Gewalt vertreten. Auch hat sich der weltweite Kampf der Konzerne um den geschrumpften Profit verschärft, angefangen bei dem Kampf, den sie jeden Tag in den Betrieben gegen uns Arbeitende führen. Für uns alle wird die Krise damit ernsthafte, gefährliche Folgen haben.

Seit Jahrzehnten versuchen sie uns einzureden, der Kapitalismus sei das einzige System, das funktioniere. Doch er funktioniert eben nicht. Konkurrenzkampf und Profitgier machen ihn unfähig, ein Virus effizient zu bekämpfen. Ebenso wie irgendein anderes ernsthaftes Problem. Im Gegenteil, der Kapitalismus selbst ist die größte Bedrohung für die Menschheit.

Myanmar: Massenproteste und Streiks trotzen der Militärgewalt

Der Militärputsch in Myanmar hat eine Welle von Demonstrationen und Streiks ausgelöst – einen Aufstand bisher nicht gekannten Ausmaßes in diesem Land mit seinen 54 Millionen Einwohnern. Jeden Tag gehen Hunderttausende auf die Straßen, um die Freilassung der gewählten Regierung zu fordern, die das Militär abgesetzt und eingesperrt hat. Ein Großteil der Eisenbahner, Lehrer, des Pflegepersonals und der Arbeitenden staatlicher Betriebe sind im Streik, um das Militär in die Knie zu zwingen. An manchen Tagen streiken außerdem die Arbeitenden der allermeisten privaten Fabriken, Geschäfte und Banken.

Das Militär hatte gedacht, die Proteste mit brutaler Gewalt schnell ersticken zu können. Über 50 Demonstranten wurden bereits erschossen, hunderte verletzt. Über 1.500 wurden verhaftet, unter ihnen viele ganz junge Schüler und Studierende sowie Vertreter der Streikenden. Militäreinheiten versuchen Streikende mit vorgehaltener Waffe wieder an die Arbeit zu zwingen. Doch statt sie einzuschüchtern, hat die brutale Gewalt zu noch mehr Empörung, Solidarität und Entschlossenheit der Kämpfenden geführt. All das bringt die Armee ernsthaft in Bedrängnis, die seit Jahrzehnten zu herrschen gewohnt ist.

Seit 1962 war die ehemalige britische Kolonie eine Militärdiktatur. Erst 2011 akzeptierte das Militär unter internationalem Druck und einer anhaltenden Oppositionsbewegung die Einrichtung einer zivilen Regierung. Das Militär ließ jedoch in der Verfassung festschreiben, dass 25% der Parlamentssitze sowie die Posten des Verteidigungs-, Innen- und Grenzschutzministers weiterhin von der Armee bestimmt werden.



Die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, die unter der Militärdiktatur jahrelang im Gefängnis gesessen hatte, übernahm 2015 unter diesen Bedingungen die Leitung dieser Regierung. Sie und ihre Partei NLD waren also bereit, sich die Macht mit dem Militär zu teilen und dessen entscheidende Machtbasis nicht anzutasten. Fünf Jahre lang tat Aung San Suu Kyi alles, um das Militär nicht zu verärgern und von ihm akzeptiert zu werden. Dafür leugnete sie sogar die brutale Verfolgung und den Massenmord an der muslimischen Minderheit der Rohingya durch das Militär.

Doch als die NLD bei den Parlamentswahlen 2020 dann über 80% der Stimmen erhielt, bekam das Militär offensichtlich Angst, dass die NLD nun versuchen könnte, die Verfassung zu ändern und dem Militär auch einen Teil seiner wirtschaftlichen Macht streitig zu machen. Das Militär hat nämlich einen bedeutenden Teil der Wirtschaft unter seiner Kontrolle, insbesondere die wichtigsten Rohstoffquellen Erdgas und Edelsteine sowie die öffentlichen Banken. Und diese Quellen großen Reichtums hätten die rivalisierenden Unternehmer in der NLD gerne für sich. Um all dies zu verhindern, putschte das Militär.

Die Regierungen der USA, Japan oder der EU haben seitdem zwar Protestnoten gegen den Putsch verfasst. Doch hinter der Fassade geht das lukrative Geschäft ihrer Öl- und Autokonzerne mit Myanmars Militär ganz selbstverständlich weiter.

Die Entschlossenheit der Protestierenden zeigt, dass ein Großteil der Bevölkerung Myanmars sich weigert, noch länger vom Militär regiert zu werden. Doch in diesem Kampf können sie sich nicht auf Aung San Suu Kyi und die Politiker der NLD verlassen. Sie haben bereits bewiesen, dass sie nicht bereit sind, die Machtbasis des Militärs wirklich anzugreifen. Wenn die Protestierenden nicht zum Spielball einer bürgerlichen Partei werden wollen, die vor allem selber herrschen will, wenn sie nicht wollen, dass all ihr Mut, ihre Kampfbereitschaft und ihre Opfer am Ende umsonst waren, muss die Arbeiterklasse sich eigenständig organisieren und die Proteste bis zu einer Revolution führen, die die Militärmacht an der Wurzel beseitigt und die wirtschaftliche Macht in die Hände der Bevölkerung legt.

Die Familie Windsor: Der Fluch der Mumie

Nach dem Interview von Prinz Harry und seiner Frau Meghan ist deren Familiendrama zu einer internationalen Staatsaffäre geworden. Der britische Premierminister Johnson beeilte sich, der Königin und der Monarchie seinen tiefsten Respekt zu versichern. Internationale Medien, „Spezialisten“ und selbst der Sprecher des Weißen Hauses debattierten darüber, ob die Windsors wohl rassistisch sind.
So erstaunlich ist das nun nicht. Die Königsfamilie ist geprägt von Verachtung und Gleichgültigkeit gegenüber den Arbeitenden und Armen, was oft mit Rassismus einhergeht. Und sitzen die Windsors nicht seit 1714 auf dem Thron? Unter ihrer Herrschaft blühte der Sklavenhandel, dann die brutalste Ausbeutung der entstehenden Arbeiterklasse und die des riesigen Kolonialreichs mit seinen unzähligen Massakern an ihren „Untergebenen“ und Militäreinsätzen bis in die heutige Zeit.

Doch das Rückschrittlichste an dieser Geschichte ist nicht die mumifizierte Königsfamilie, die eigentlich in ein Museum gehört. Es ist die Tatsache, dass die britische Bourgeoisie diese Königsfamilie mehr als drei Jahrhunderte nach ihrer Revolution noch immer als Symbol ihres Landes und zur Schaffung eines Nationalgefühls nutzt. Und dass die Herrschenden all dieser angeblich modernen Großmächte dabei voller Respekt mitmachen. Wenn Lächerlichkeit die Verteidiger einer überkommenen Gesellschaftsordnung zu Staub zerfallen lassen würde, bräuchte man keine Revolutionen.

(*Der Artikel ist eine gekürzte Fassung eines Artikels unserer französischen Genoss*innen von Lutte Ouvrière in ihrer gleichnamigen Zeitung vom 10.März.2021.*)

Deutsche Bank: „Der Gesprächsteilnehmer ist vorübergehend nicht zu erreichen“

Mehrere hundert Arbeiter*innen, die in den Callcentern der Deutschen Bank Direkt in Essen und Berlin arbeiten, sind seit dem 30. Januar im unbefristeten Streik.

Als erste Anlaufstelle für alle Fragen und Beratungen der Bankkunden arbeiten sie im Schichtdienst, 24 Stunden, 7 Tage die Woche, und das für 13 - 15 Euro brutto die Stunde. Schon seit einem Jahr fordern sie mit einzelnen Streiktagen und Aktionen 6% mehr Lohn und vor allem ein 13. Monatsgehalt. Doch monatelang stießen sie auf eine Mauer der Arroganz seitens der Geschäftsführung, die ihnen zu verstehen gab, dass seit der Pandemie genug Arbeitslose ihren Platz einnehmen könnten. Und dass es der Deutschen Bank außerdem schlecht gehe, weshalb für solche „Luxus-Forderungen“ kein Geld da sei.



Als dann im Januar bekannt wurde, dass die Deutsche Bank ihren Investment-Bankern (von denen einige über 1 Million Euro im Jahr verdienen) höhere Boni zahlen will, ist den Arbeiter*innen der Callcenter endgültig der Kragen geplatzt und sie sind in den unbefristeten Streik getreten.

Korruption: ein alltägliches Geschäft

Mehrere Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU stehen im Verdacht, ihr Amt missbraucht zu haben, um Verkäufe von Atemschutzmasken an Ministerien zu vermitteln. Der CDU-Politiker Löbel soll dafür 250.000 Euro, der CSU-Politiker Nüßlein sogar 660.000 Euro Bestechungsgeld kassiert haben. Und selbst jetzt, nachdem dies aufgeflogen ist, bleibt Nüßlein im Bundestag und kassiert fröhlich weiter 10.000 Euro im Monat für sein Mandat.

So kurz vor den Landtagswahlen versuchen alle anderen Politiker sich davon zu distanzieren und verurteilen, dass ein paar schwarze Schafe die Pandemie zu ihrer eigenen Bereicherung ausgenutzt haben.

Doch über die Firmen, die durch Bestechung Millionenaufträge vom Staat kassiert haben, empören sie sich nicht. Überhaupt: Dass die Kapitalisten die Pandemie ausnutzen, um mit allen legalen und illegalen Mitteln öffentliche Gelder abzuzocken, finden dieselben Politiker wohl vollkommen in Ordnung.

* * * * *

Lobbyisten und Überzeugungstäter

Die Maskenaffäre hat erneut offenbart, wie viele enge Verflechtungen und Kungeleien es zwischen Politikern und Firmenbossen gibt. Ganz besonders bei CDU/CSU, die vielerorts seit Jahren regieren und gleichzeitig eine große Zahl von Unternehmern in ihren Reihen haben, doch letztlich bei allen im Bundestag vertretenen Parteien. Einige fordern daher ein Verbot von bezahlten Lobbytätigkeiten für Politiker. Das wäre in der Tat das Mindeste. Doch auch ohne irgendeine Form von Bestechung und privaten Vorteilen sind Politiker letztlich „Lobbyisten“ für die kapitalistische Klasse. Dafür braucht man sie gar nicht kaufen, das tun sie aus Überzeugung.

Die gigantischen Corona-Rettungspakete für die Konzerne, vorher die Hartz-Gesetze zu Leiharbeit und Minijobs, die Ausrichtung der Krankenhäuser auf Profit... All diese Gesetze haben die Politiker nicht gemacht, weil einzelne Firmen sie bestochen haben, sondern weil sie tiefgehend davon überzeugt sind, dass die Gesellschaft nur funktioniert, wenn die Kapitalisten gute Gewinne machen und dass die Politik ihnen dabei helfen muss. Und das bedeutet zwangsläufig, die Rechte der Arbeitenden zu verschlechtern und bei Kitas, Altenheimen und generell bei der Allgemeinheit zu sparen. Dies ist auch der Grund, warum letztlich alle Parteien in den Landes- und Bundesregierungen dieselbe Politik umsetzen.

Die zig Formen der direkten und indirekten Bestechung (Parteispenden, Aufsichtsratsposten, gut bezahlte Jobs für Familienmitglieder) sind das Tüpfelchen auf dem i. Sie dienen einzig dazu, bei Gesetzen oder Aufträgen, die sowieso für die Konzerne gemacht wurden, für einen bestimmten Konzern noch einen besonderen Vorteil herauszuholen.

Ob also mit oder ohne Lobbyisten-Verbot, und egal was sie erzählen: Die herrschenden Parteien werden immer die Interessen der Kapitalisten, der Reichen vertreten. Wir Arbeitenden haben daher nur eine Möglichkeit: Wir müssen unsere Interessen selber in die Hand nehmen.

real: Ein Blick in den Spiegel

Der neue Eigentümer von real, der Finanzinvestor SCP, hat überall im Betrieb Plakate aufhängen lassen mit dem Titel „Faules Früchtchen entdeckt?“. Darauf hat er alle Beschäftigten aufgerufen, ihre Kolleginnen und Kollegen zu beobachten und sie bei „Fehlverhalten“ oder Diebstahl zu verpfeifen.

Doch damit hat er das Gegenteil erreicht. Die Plakate haben so viel Empörung ausgelöst, dass er sie lieber wieder abgehängt hat. Die Arbeitenden von real haben nämlich nur ein „faules Früchtchen“ in ihrem Betrieb identifiziert: ihren Boss SCP, der gerade tausenden real-Beschäftigten den Arbeitsplatz gestohlen, zig Filialen samt Personal verhökert und den Übriggebliebenen auch noch Lohn geklaut hat.

„Spiel“ auf dem Massengrab

Über 6.700 Arbeiter sind seit Beginn der Bauarbeiten für die Fußballweltmeisterschaft in Katar bereits gestorben. Sie alle sind Arbeitsmigranten, vor allem aus Indien, Pakistan, Nepal, Bangladesch und Sri Lanka, und haben sich wortwörtlich zu Tode gearbeitet: 60-70 Stunden die Woche, bei teilweise 40-50 Grad im Schatten, ohne jeglichen Arbeitsschutz oder auch nur ausreichend Zugang zu Wasser und Nahrung.

Und was ist die Reaktion der Fußball-Bosse? Bayern-Boss Rummenigge lobt Katar im ZDF ernsthaft für seine großen Fortschritte bei den Menschenrechten. Und die FIFA findet, die Zahl der Arbeitsunfälle sei doch „bis jetzt niedrig“.

6.700 gestorbene Arbeiter sind für diese Leute ein unbedeutender Kollateralschaden. Hauptsache, die Milliarden, die die WM den Baukonzernen, Sportartikelherstellern, Fernsehsendern und anderen Großkapitalisten einbringt, können weiter fließen.

Profit-Schnelltest für Konzerne

Eigentlich hatte die Regierung geplant, dass sich ab dem 8. März die Arbeitenden in allen Betrieben einmal pro Woche kostenlos testen lassen können. Das wäre auch das Mindeste, wenn man bedenkt, wie viele sich noch immer auf der Arbeit anstecken. Doch daraus wird erstmal nichts. Denn zahlreiche Unternehmer weigern sich, die Tests zu bezahlen.
Es ist schon beeindruckend: Die Arbeitenden tragen das ganze Risiko, sich auf der Arbeit oder auf dem Weg dahin anzustecken. Die Allgemeinheit zahlt die Löhne für alle, die sich auf der Arbeit infizieren oder in Quarantäne müssen. Alles, damit die Betriebe weiterlaufen und Gewinn machen können. Und nun fordern die Unternehmerverbände, dass die Allgemeinheit ihnen auch noch die Schnelltests bezahlt. Sie selbst sehen ihre Aufgabe einzig darin... die Profite einzustecken.

Und für die Regierung kommt es natürlich nicht in Frage, die Unternehmer zu Schnelltests zu zwingen. Während sie bei uns alle Corona-Regeln notfalls mit saftigen Bußgeldern durchsetzt, beschränkt sie sich bei den Bossen darauf, an ihr Gewissen und ihren guten Willen zu appellieren. Vergebene Liebesmühe: Deren Gewissen liegt auf ihrem Bankkonto.

Bistum Köln: Die Vertuschung hat System

Ein Jahr lang hat sich der katholische Erzbischof Woelki geweigert, das Gutachten zum sexuellen Missbrauch zu veröffentlichen – bis der öffentliche Druck nun zu groß wurde. Das Gutachten belegt, dass allein im Bistum Köln seit den 80er Jahren mindestens 300 Kinder und Jugendliche von gut 200 verschiedenen Kirchenvertretern sexuell missbraucht worden sind; und dass die Kirche alle diese Täter im Amt gelassen und gedeckt hat.
All dies ist seit Jahrzehnten in der katholischen Kirche Gang und Gebe. Erst nachdem in den letzten Jahren Missbrauchsopfer weltweit an die Öffentlichkeit gegangen sind und Druck gemacht haben, hat die Kirche versprochen, mit der Vertuschung und Deckung der Straftäter sei es künftig vorbei. Erzbischof Woelki ist der neuste Beweis dafür, dass sie in Wahrheit genauso weitermachen will wie bisher.

Dies fällt der Kirche umso leichter, da sie ein regelrechter Staat im Staate ist. Nicht einmal die Arbeitsgesetze gelten für sie. Priester müssen nur ihrem kirchlichen Vorgesetzten gegenüber Rechenschaft ablegen. Der katholische Klerus ist eine verschworene Gemeinschaft, die bis heute staatliche Einmischung in „ihre“ Angelegenheiten schlicht verweigert. Und die Regierungen, die die Kirche als eine der wichtigsten Stützten ihres Systems brauchen, lassen sie gewähren.

KSK: Der Fisch stinkt vom Kopf her

Im Juli letzten Jahres wurde eine ganze Kompagnie der Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) aufgelöst und auf andere Kompagnien verteilt, weil bekannt wurde, dass sie von Rechtsextremen regelrecht durchsetzt war und einige von ihnen sogar Waffen und Munition der Bundeswehr für rechtsextreme Gruppen und Terroranschläge gestohlen hatten. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hatte daraufhin versprochen, mit „eisernen Besen“ zu kehren und alle Rechtsradikalen rauszuschmeißen.
Doch wen hat sie damit beauftragt? Genau denjenigen, der schon vorher der Vorgesetzte der KSK gewesen war und die Rechtsextremen hatte gewähren lassen. Und dieser hat (wenig überraschend) seine Soldaten rechtzeitig gewarnt, dass es bald zu Hausdurchsuchungen kommen werde und hat ihnen angeboten, Waffen und Munition lieber vorher anonym und straffrei zurückzugeben – was diese auch getan haben. So hat der Kommandeur verhindert, dass diese Rechtsradikalen im KSK jemals ermittelt und überführt werden. Dies alles mit dem Einverständnis des Generalinspekteurs, also des obersten Chefs der Bundeswehr.

Dass sich Rechtsradikale in der Bundeswehr einnisten und ausbreiten können, ist kein Versehen. Sie werden geschützt und gefördert von der ganzen Hierarchie der Bundeswehr.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org
Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 13€ pro Jahr!

Daimler: 50% mehr Gewinn

Der Daimler-Konzern hat im letzten Jahr seine Gewinne um ganze 50% gesteigert, auf 4 Milliarden Euro. Wie er das trotz mehrerer Wochen Produktionsstillstand und Krise geschafft hat? Vor allem dadurch, dass er allein 2020 über 10.000 Arbeitende entlassen und außerdem 700 Millionen Euro Löhne gespart hat, die stattdessen der Staat als Kurzarbeitergeld gezahlt hat.
All das so eingesparte Geld hat Daimler direkt in die Taschen der Aktionäre weitergeleitet. Ihre Dividenden wurden um 66% erhöht.

Arbeitende entlassen, die übrigen auspressen und die Staatskasse plündern: So werden die Großkapitalisten in der Krise reich(er)!



Die richtige Zeit für Streiks

Hunderttausende Arbeitende der Metallindustrie haben in den letzten Wochen bei Warnstreiks die Arbeit niedergelegt. Denn die Unternehmer wollen nicht nur das dritte Jahr in Folge keine Lohnerhöhung zahlen, während die Preise steigen. Sie wollen außerdem die Krise nutzen, um weitere massive Verschlechterungen zu erpressen: Zum Beispiel jederzeit Urlaubs- und Weihnachtsgeld und sogar die Tariflöhne kürzen zu können, sobald (ihrer Meinung nach) „die Zahlen nicht gut sind“.

Die Metall-Bosse wollen uns erzählen, die jetzige Zeit – wo so viele Unternehmen Werke schließen und Stellen abbauen – sei „die falsche Zeit“ für Lohnforderungen und Streiks. Das Gegenteil ist der Fall. Die Bosse versuchen, die Krise auf allen Wegen auf uns Arbeitende abzuwälzen: durch Entlassungen und Werkschließungen, durch Arbeitszeitkürzungen mit Lohnverlust UND durch zig andere Angriffe auf unsere Löhne. Ernsthafte und möglichst mit vielen gemeinsame Streiks sind das einzige Mittel, um sich dagegen zu wehren und dafür zu kämpfen, dass die Bosse der Metall- und Elektronindustrie, die jahrelang mit ihren Rekordgewinnen geprahlt haben, ihre Krise bezahlen.